

Niederschrift
über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 05.02.2014

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 17:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Brinkmann
Herr Krumhöfner
Herr Langeworth

SPD

Herr Ciftci
Herr Suchla
Frau Weißenfeld Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hellweg

FDP

Herr Sander

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Herr Gödde anwesend bis 17:15 Uhr
Herr Lemhoefer
Herr Onckels
Herr Potschies
Frau Voigt

Beratende Mitglieder

Frau Bolte anwesend bis 17:00 Uhr
Herr Braus
Frau Eberlein
Herr Epp
Frau Häckel
Herr Kläs
Frau Krause
Frau Rammert
Herr Schneider
Frau Stillger

Verwaltung

Erster Beigeordneter Herr Kähler Dezernat 5
Herr Voßhans Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten
Herr Feldmann Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Herr Wörmann Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention

Herr Flachmann

Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
(Schriftführer)

Gäste

Herr Siegeroth

REGE mbH

Öffentliche Sitzung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt Vorsitzende Frau Weißenfeld Herrn Dominik Braus als neues Mitglied in sein Amt ein und verliest die Verpflichtungsformel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Der Verpflichtete bekundet sein Einverständnis mit der Verpflichtungsformel durch Handschlag sowie durch das Unterzeichnen der Verpflichtungserklärung.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 49. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.01.2014

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.01.2014 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Trägerinterne Verlagerung einer halben Fachkraftstelle aus dem Kinder- und Jugendzentrum "Kamp" zur Mobilen Arbeit in Quelle beim "Verein zur Förderung der Jugendarbeit"

Herr Epp erläutert, dass vorab die Form der Mitteilung gewählt wurde, um den Sachverhalt zunächst bekannt zu geben.

Im weiteren Verlauf sei eine Beschlussvorlage geplant, die zunächst in den beiden betroffenen Bezirksvertretungen und im Anschluss mit deren Empfehlungen in der April-Sitzung des JHA beraten werden soll.

Herr Langeworth hält es für wichtig, dass zunächst die Bezirke beteiligt werden.

-.-.-

Punkt 2.2 **Genehmigung weiterer Familienzentren**

Herr Epp teilt mit, dass 2 weitere Familienzentren für das kommende Kindergartenjahr genehmigt werden. Es handelt sich dabei um die Kindertagesstätten Pläßstraße und Heeper Fichten.

-.-.-

Punkt 2.3 **Text-Checker Präsentationstag**

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die vorliegende Einladung zum 4. Schülertreffen der Text-Checker am 28.02.2014.

-.-.-

Punkt 2.4 **Bärenstark in Bielefeld**

Herr Lemhoefer verweist auf die vorliegenden Flyer der Sportjugend Bielefeld zum Selbstbehauptungsprogramm „Bärenstark in Bielefeld“.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Frau Eberlein bezieht sich auf den vorliegenden Referentenentwurf zum Kinderbildungsgesetz. Eine besondere Herausforderung sieht sie in der Identifikation der KiTa-Plus-KiTa's.

Sie fragt an, inwieweit der Jugendhilfeausschuss an diesem Verfahren beteiligt sein wird.

Beigeordneter Herr Kähler verweist auf das übliche Verfahren bei der Stadt Bielefeld, Referentenentwürfe nicht umfassend zu erörtern, da diese sich nicht als Diskussionsgrundlage eignen. Dies sei erst bei einem Gesetzesentwurf gegeben.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW habe bereits eine Stellungnahme zu dem Referentenentwurf gefertigt. Diese Stellungnahme werde er dem JHA in Kürze zuleiten.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Anträge liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 5

Haushaltsplan 2014 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6723/2009-2014

Herr Epp weist auf den als Tischvorlage ausgehändigten Beschluss der Bezirksvertretung Heepen vom 23.01.2014 hin. Darin empfiehlt die BV Heepen dem Jugendhilfeausschuss auf die vorgesehene Kürzung des dem Beratungsangebot der Beratungsstelle Baumheide zugrunde liegenden Leistungsvertrages zu verzichten.

Anschließend stellt Vorsitzende Frau Weißenfeld die vorliegenden Anträge einzeln zur Abstimmung:

1. AWO-Kreisverband Bielefeld

Weiterfinanzierung des Projektes „AWO-Schulaktiv“ ab dem 01.07.2014 mit einer Fördersumme von 59.200 €

Herr Potschies erklärt sich hinsichtlich dieses Antrages für befangen und nimmt an der Diskussion und an der Abstimmung nicht teil.

Herr Epp weist darauf hin, dass die Finanzierung dieses Projektes durch ESF-Mittel bis zum 30.06.2014 verlängert wurde. Daraus resultiere die Reduzierung der Antragssumme von ursprünglich 118.400 € auf 59.200 €.

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	4 Stimmen
dagegen	8 Stimmen

- mit Mehrheit abgelehnt -

2. Fan-Projekt Bielefeld

Zuschuss auf der Grundlage des „Nationalen Konzeptes Sport und Sicherheit“ in Höhe von 2.250 €

Herr Lemhoefer bittet diesem Antrag zuzustimmen.

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	5 Stimmen
dagegen	8 Stimmen

- mit Mehrheit abgelehnt -

3. Naturpädagogisches Zentrum Schelphof e.V.

Zuschuss zur Deckung laufender Personal- und Sachkosten

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	4 Stimmen
dagegen	8 Stimmen
Enthaltungen	1 Stimme

- mit Mehrheit abgelehnt -

4. Bielefelder Jugendring e.V.

Übernahme höherer Mietkosten für neue Räumlichkeiten des BJR, jährliche Mehraufwendungen von 28.440 €, 35.940 € oder 42.949 € je nach Mietobjekt

Vorsitzende Frau Weißenfeld berichtet über die Diskussion im Unterausschuss. Der Bielefelder Jugendring e.V. habe den Antrag auf die kostengünstigste Variante reduziert.

Herr Langeworth wertet die Reduzierung auf das kostengünstigste Angebot vor dem Hintergrund der Diskussion in der letzten Sitzung als positives Signal. Dennoch stelle sich die Frage nach der Finanzierung. Er bittet die Verwaltung als „Verursacher“ um eine Aussage hierzu. Herr Epp erläutert, dass keine Mittel für erhöhte Mieten im Haushalt kalkuliert wurden, da dies zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung noch nicht bekannt gewesen sei. Der JHA habe bei früheren Haushaltsberatungen Anträge unter Benennung einer Deckungsmöglichkeit beschlossen oder die Verwaltung beauftragt, nach einer Deckungsmöglichkeit zu suchen. Die Verwaltung könne keinen Deckungsvorschlag machen.

Da weder die Verwaltung noch der Antragsteller eine Finanzierungsmöglichkeit benennen kann, kündigt Herr Langeworth für die CDU-Fraktion Stimmenthaltung an.

Frau Hellweg beantragt, den Antrag des Bielefelder Jugendring e.V. insoweit umzuformulieren, als die Verwaltung beauftragt wird, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Mietverhältnis in der Alfred-Bozi-Straße 23 begründet werden kann.

Der Jugendhilfeausschuss fasst hierzu folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Mietverhältnis für den Bielefelder Jugendring e.V. in der Alfred-Bozi-Straße 23 begründet werden kann.

dafür 10 Stimmen
dagegen ./.
Enthaltungen 3 Stimmen

- einstimmig beschlossen -

5. Empfehlung der Bezirksvertretung Heepen

Wiederherstellung des Beratungsangebotes in der Beratungsstelle Baumheide in dem vor der Kürzung der Leistungsvertragssummen bestandenen Umfang

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die an den JHA gerichtete Empfehlung der Bezirksvertretung Heepen. Da der Rat die Kürzung bereits im Sommer 2013 beschlossen habe, müsse die Empfehlung der Bezirksvertretung insofern umformuliert werden, als die gekürzten Stellenanteile wieder hergestellt werden und die dafür erforderlichen Haushaltsmittel bereit gestellt werden sollen.

Herr Suchla und Frau Hellweg sprechen sich gegen eine Rücknahme der bereits beschlossenen Kürzung aus.

Der Jugendhilfeausschuss fasst hierzu folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Finanz- und Personalausschuss zur Wiederherstellung des ursprünglichen Beratungsangebotes in der Beratungsstelle Baumheide die für die Stellenanteile benötigten Mittel im Haushalt 2014 ff bereit zu stellen.

dafür 8 Stimmen
dagegen 5 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen -

Abschließend fasst der Jugendhilfeausschuss unter Berücksichtigung der vorstehenden Einzelbeschlüsse und der Veränderungsliste Anlage 4-1 folgenden

Gesamtbeschluss:

Der Fachausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2014 mit den Plandaten für die Jahre 2015 bis 2017 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt.

2. Den **Teilergebnisplänen unter Einschluss der Veränderungsliste gem. Anlagen 4 und 4-1** der

Produktgruppe	Bezeichnung	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.67	JHA, UA Jugendhilfe, Mädchenbeirat, Bündnis f. Familie	0 €	70.286 €	70.286 €
11.05.07	Unterhaltsvorschu ss	4.486.791 €	5.964.979 €	1.478.188 €
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	51.865.810 €	126.926.870 €	75.061.060 €
11.06.02	Förderung von Familien	11.398.959 €	66.471.231 €	55.072.272 €
11.06.03	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	306 €	1.979.100 €	1.978.794 €
Summen		67.751.866 €	201.412.466 €	133.660.600 €

(Tabelle 1)

wird zugestimmt, sofern im Einzelfall keine abweichenden Beschlüsse gefasst werden.

Den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	245.000 €	460.584 €	215.584 €
11.06.02	Förderung von Familien	10.000 €	116.998 €	106.998 €
Summen		255.000 €	577.582 €	322.582 €

(Tabelle 2)

wird zugestimmt, sofern im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

3. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 für den Haushaltsplan 2014 wird zugestimmt.
4. Dem Stellenplanentwurf 2014 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- wird zugestimmt.
5. Der Fortschreibung der HSK-Maßnahmen Nr. 237 bis 252 und HSK-Plus-Maßnahmen 254Vc bis 254Vh wird zugestimmt. Die HSK-Maßnahme 253 wird aufgrund der Beschlusslagen zu den Leistungsverträgen ab 2014 nicht fortgeführt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 6

Ausbildungsoffensive

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6885/2009-2014

Vorsitzende Frau Weißenfeld unterstreicht die Notwendigkeit, aufgrund der derzeit geringen Anzahl an vorhandenen Ausbildungsplatzangeboten die Ausbildungsplatzkapazitäten auszuweiten.

Nachfragen werden von Beigeordnetem Herrn Kähler und Herrn Siegeroth beantwortet.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

1. Die Ausbildungsplatzangebote sind gegenwärtig quantitativ unzureichend. Es wird das Ziel verfolgt, dass spätestens in 2017 auf jede/n Ausbildungsplatzbewerber/in in Bielefeld ein Ausbildungsplatzangebot kommt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ihre Ausbildungsplatzkapazitäten im Rahmen des rechtlich Möglichen auszuweiten. Dies gilt für den Bereich der Kernverwaltung und der Eigenbetriebe. Die Beteiligungen der Stadt Bielefeld werden aufgefordert, zu prüfen, ob sie dem guten Beispiel der Stadt folgen können.
3. Die REGE und WEGE werden beauftragt, Aktivitäten zur Erhöhung der Anzahl neuer Ausbildungsplätze, neuer betrieblicher Praktikumsplätze und Unternehmerpatenschaften zu entwickeln und zu verfolgen. Dabei sollen die Ausgestaltung eines Handlungsplans und die Umsetzung der Aktivitäten unter umfassender Einbindung der relevanten arbeits- und wirtschaftspolitischen Akteure und insbesondere der Bielefelder Wirtschaft erfolgen. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben sollen REGE und WEGE Ressourcen zuschussneutral umschichten.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im vierten Quartal 2014 einen

Bielefelder Ausbildungsgipfel durchzuführen. Das Konzept ist vorab im Hauptausschuss vorzustellen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7

Sprachförderung/-bildung im Elementarbereich

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6769/2009-2014

Herr Lemhoefer unterstützt das Vorhaben, Sprachfördermaßnahmen künftig auf der Grundlage der pädagogischen Gesamtkonzeption aus einer Hand und alltagsintegriert durchzuführen. Vor dem Hintergrund der sich überschneidenden Überlegungen werde er der Beschlussvorlage zustimmen.

Frau Stillger bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Beigeordnetem Kähler zu TOP 3, Referentenentwürfe nicht umfassend zu erörtern. Sie vertritt die Auffassung, dass dieser Entwurf durchaus schon diskutiert werden sollte, denn die Zielrichtung werde sich nicht grundsätzlich ändern. Der JHA als Fachausschuss sollte sich vorbehalten, rechtzeitig eine fachliche Diskussion zu führen und nicht erst im Herbst, wenn es möglicherweise nur noch um Schadensbegrenzung gehe.

Frau Brinkmann unterstützt die Ausführungen von Frau Stillger und beantragt, dass in der nächsten JHA-Sitzung im Rahmen eines Tagesordnungspunktes entsprechende Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

Frau Hellweg ist es wichtig bereits im Vorfeld zu erfahren, nach welchen Kriterien die KiTas für eine KiTa-Plus-Einrichtung in den Blick genommen werden.

Herr Voßhans kündigt für die nächste Sitzung eine Informationsvorlage zur Sprachbildung und -förderung an. Aufgrund der vorangegangenen Ausführungen biete es sich an, die Vorlage um die Überlegungen zur Umsetzung des Referentenentwurfes zu ergänzen.

Frau Stillger gibt zu bedenken, dass bisher das einzelne Kind mit einem individuellen Sprachförderbedarf identifiziert wurde. Nach dem Referentenentwurf seien es nun die KiTa-Plus-Einrichtungen, die es zu identifizieren gelte. Es stelle sich die Frage, was es für einzelne Kinder bedeutet, die einen Sprachförderbedarf haben, aber eine KiTa besuchen, die die Voraussetzungen für eine Plus-Einrichtung nicht erfüllen.

Sie macht den Vorschlag eine Synopse zu erstellen, um einen Vergleich anstellen zu können zwischen bisherigen und geplanten Regelungen. Wichtig sei zu hinterfragen, welche Auswirkungen die Änderungen auf die Kinder haben.

Frau Eberlein regt an, den Akzent nicht nur auf die Sprachförderung zu legen, sondern alle wesentlichen Eckpunkte der Reform zu betrachten. Herr Epp verweist dazu auf die für die März-Sitzung vorgesehenen Vorlagen zur Sprachbildung und -förderung sowie zur Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2014/2015 mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse zur KiBiz-Reform.

Frau Brinkmann bittet die Verwaltung sich für die nächste Sitzung auf entsprechende Fragen vorzubereiten, z.B.

- Wie sollen die Kinder beschult werden?
- Welches Personal soll dafür eingesetzt werden?
- Müssen die Erzieherinnen geschult werden?
- Wie verhält es sich mit den Kosten?
- Welche Anzahl von Kindern kommt nach der neuen Regelung nicht mehr in den Genuss der Sprachförderung?
- Welche Anzahl von Kindern wird tatsächlich noch gefördert?

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Der Auftrag an die Verwaltung zur modellhaften Erprobung einer stärker in den KiTa-Alltag integrierten, zusätzlichen Sprachförderung an (zwei) ausgewählten Standorten in Bielefeld (vgl. im Detail Beschlussvorlage der Verwaltung vom 18.02.103, Drs.-Nr. 5156/2009 – 2014, Ziff. 3) wird aufgrund der jetzt konkretisierten, sich inhaltlich überschneidenden Überlegungen des Landes zur Reform des KiBiz ausgesetzt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6867/2009-2014

Herr Feldmann stellt die wichtigsten Eckpunkte der Vorlage vor.

Herr Suchla und Frau Hellweg problematisieren den Zeitpunkt des Erreichens der Volljährigkeit, mit dem die Jugendhilfemaßnahmen enden und eine Unterbringung in Erwachsenenrichtungen erfolgt.

Weitere Nachfragen von Vorsitzender Frau Weißenfeld und Herrn Ciftci zum Urteil des OLG Hamm hinsichtlich der Altersfeststellung werden von Herrn Epp und Herrn Feldmann beantwortet.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Epp kündigt für die nächste Sitzung u.a. folgende Themen an:

- Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2014/2015
- Ausweitung der Flexiblen Erziehungshilfe an den Offenen Ganztage
- Familienfreundliches Bielefeld
- Bericht Familienbüro und Familienportal
- Gegen Alkohol für Kinder

-.-.-

Bielefeld, den 05.02.2014

Weißefeld
(Vorsitzende)

Flachmann
(Schriftführer)